



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Ablehnung des Gesetzentwurfes zur RVO sicherer Herkunftsstaaten zur Abschaffung des anwaltlichen Vertreters bei Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam

Aktuell seit 10.10.2026 09:45:22

Angegeben von:

Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL e.V. (R002696) am 23.10.2025

Beschreibung:

Mit dem vorliegenden Gesetz plant der Gesetzgeber, zukünftig „sichere Herkunftsstaaten“ per Rechtsverordnung zu bestimmen und die Bestellung eines Anwalts/einer Anwältin in der Abschiebungshaft und in dem Ausreisegewahrsam abzuschaffen.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/780 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten durch Rechtsverordnung und Abschaffung des anwaltlichen Vertreters bei Abschiebungshaft und Ausreisegewahrsam

Betroffene Interessenbereiche (3)

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (2)

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. **SG2510230021** (PDF - 16 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.10.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]